

Politische Themen im Herbst 2011

Mindestlohn /
Schuldenkrise / Euro – Gefahr oder Chance/
politisch-geistige Bürgerwehr

Tristan Abromeit
abromeit@t-online.de
www.tristan-abromeit.de

Text 97.0

Ist der Mindestlohn eine Sabotage der Marktwirtschaft?

Anfang November 2011

Weitere Texte:

Text 97.1

Europa vor dem Abgrund – wie sicher ist unser Geld?
Beckmann, eine ARD-Sendung vom Donnerstag, 27.10.2011
Ein Leserkommentar von TA vom 28. 10. 2011
(Siehe auch: <http://fairconomy.blogspot.com/>)

Text 97.2

Der Euro – die Wahrheit kommt zurück
Eine Einladung von der Wohnungsgenossenschaft Gartenheim e.G
zu einem Vortrag von Prof. Wilhelm Hankel am 4. 11. 2011
Eine Stellungnahme vom 2.11. 2011 von TA
mit einem Eindruck von der Veranstaltung

Text 97.3

Über den Zustand und die Ohnmacht der Geldreformer
Ein Ausschnitt aus einer internen Diskussion in einer E-Mail-Liste
von Volker Freystedt, Anselm Rapp und TA Oktober 2011

Ist der Mindestlohn eine Sabotage der Marktwirtschaft?

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung vermeldet in der Ausgabe vom 29./30. Oktober auf der Titelseite: Der niedersächsische Ministerpräsident "McAllister verlangt mehr Mindestlöhne in Deutschland". Die Nachrichten von ARD und ZDF zogen mit Meldungen über entsprechende Aussagen der Politiker auf Bundesebene nach. Die CDU will das Thema vorantreiben, sieht aber noch Diskussionsbedarf. Der Koalitionspartner, die FDP, versucht, das Thema mit Hinblick auf den Koalitionsvertrag auszubremsen. Sie versteht sich offensichtlich als Verteidiger marktwirtschaftlicher Prinzipien. Bei der Bundeskanzlerin Angela Merkel glaubt man einen erneuten Linksschwenk feststellen zu können. Das Thema ist in den Talkshows angekommen - so bei *Anne Will* (ARD) am 2. November 2011. (Siehe: <http://daserste.ndr.de/annewill/>)

Wie sind solche Forderungen zu bewerten? McAllister sagt laut HAZ: "Die Frage der angemessenen Bezahlung ist von zentraler Bedeutung für die soziale Gerechtigkeit. Für die CDU als Partei der sozialen Marktwirtschaft muss das ein zentrales Thema sein." Ich vermute mal, daß der Sinneswandel bei der CDU/CSU und auch bei der FDP durch die enormen staatlichen Aufwendungen für die Banken ausgelöst wurde, die vom Publikum immer weniger akzeptiert werden, wenn der Staat nichts für die wirtschaftliche Rettung individueller Existenzen leistet. Auf der Seite 2 der gleichen Ausgabe der HAZ wird unter der Schlagzeile "Billiglöhne auf dem Vormarsch" berichtet, daß ein Billiglohn dann vorliegt, wenn er unter 2/3 des Durchschnittslohnes von 1802 Euro liegt.

Insgesamt arbeiteten im vergangenen Jahr 4,66 Millionen Menschen für einen Billiglohn - davon 3,1 Millionen im Westen und 1,6 Millionen im Osten Deutschlands.

Die Gefahr, die in diesem gesellschaftlichen Zustand liegt, wird zunehmend von der Politik erkannt. Während die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP auf eine tarifliche Regelung setzt, fordern die Oppositionsparteien eine gesetzliche Regelung.

Außerdem: Gibt es einen größeren Verrat des Grundgesetz-Artikels 1,

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.,

als wenn ein redlich sich bemügender Mensch sich nicht vom Ertrag seiner Arbeit nähren kann? Auch hier bestätigt sich meine These, daß die größte Gefahr für unsere Gesellschaft aus

der Unredlichkeit und Leistungsschwäche der politischen Mitte kommt und nicht von den politischen Extrempositionen.¹

Um die in der Überschrift gestellte Frage zu beantworten, gilt es Antworten auf diese Vorfragen zu finden:

1. Wie kann es in der Marktwirtschaft zu Arbeitsentgelten kommen, die die wirtschaftliche Existenz der Menschen nicht sichert?
2. Wie wirkt a) das Kapitaleinkommen, b) die Steuern und c) das derzeitige soziale Sicherungssystem auf die Nachfrage nach Arbeitsleistung und seiner Entlohnung?
3. Welchen Charakter haben staatliche Ergänzungseinkommen nach Hartz IV?
4. Können tarifliche Vereinbarungen den Niedriglohn wirksam bekämpfen?
5. Wie beurteilt Alfred Müller-Armack, einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft den Mindestlohn?

Versuch einer Antwortsuche auf die Vorfragen

Zur Vorfrage 1:

Wie kann es in der Marktwirtschaft zu Arbeitsentgelten kommen, die die wirtschaftliche Existenz der Menschen nicht sicher?

In der Marktwirtschaft wo Anbieter und Nachfrager nach bestimmten Gütern oder Leistungen nicht per Dekret zusammen finden, sondern durch Vertrag, kommen die meisten Verträge zustande, wo sich der Gleichgewichtspreis einstellt.

"Beim Gleichgewichtspreis wird auf dem Markt der größte Umsatz erzielt. Der Markt wird geräumt und es besteht kein Angebotsüberschuss oder Nachfrageüberhang mehr."

http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=450SES

Wieso kann es aber zu einem Angebotsmangel für Arbeitsgelegenheiten mit Erwerbscharakter kommen? Und – spiegelbildlich – wie kommt es zu einer den Preis drückenden größeren Nachfrage nach Arbeitsgelegenheiten als auf dem Markt angeboten werden? Die Antworten, die hier geäußert werden, haben häufig einen spekulativen Charakter. Z.B. wird aus der Beobachtung, daß mit einem hohen Beschäftigungsgrad der Wirtschaft ein hoher Energieverbrauch

¹ Die Extremisten haben die Funktion der Peitsche, mit der die Leistungsverweigerer in der politischen Mitte auf Trab gehalten werden. Erst, wenn die politische Mitte diese Aufforderung zu lange abblockt und ihre Schwäche mit Parteiverboten, Verfassungsschutz und Lichterketten kaschiert, werden die Extremisten zur Gefahr, weil die Masse der Menschen bei ihnen Rettung vor den Fehlleistungen der politischen Mitte sucht.

verbunden ist oder sein kann, gefolgert, daß es an dem Volumen mangelt oder an dem zu hohen Preis für Energie liegt. Aus der Tatsache, daß in der heutigen Produktion und der Verteilung häufig ein ausgeprägtes und spezielles Wissen erforderlich ist, wird gefolgert, daß es für eine bessere Beschäftigung auf eine bessere Bildung ankäme. Die Beobachtung, daß in einer unterbeschäftigten Wirtschaft sich unter den unvermittelbaren Arbeitslosen besonders zahlreich jene Menschen finden, deren Bildung zu wünschen übrig läßt, scheint diesem Argument die Glaubwürdigkeit zu geben. In Wirklichkeit sind die Zusammenhänge anders zu beschreiben, denn wäre dieses Argument richtig, dürfte es keine gebildeten Arbeitslosen und Geringverdiener geben:

"Say schrieb 1803 in seinem Werk *Traité d'economie politique*:

Wenn der Produzent die Arbeit an seinem Produkt beendet hat, ist er höchst bestrebt es sofort zu verkaufen, damit der Produktwert nicht sinkt. Nicht weniger bestrebt ist er, das daraus eingesetzte Geld zu verwenden, denn dessen Wert sinkt möglicherweise ebenfalls. Da die einzige Einsatzmöglichkeit für das Geld der Kauf anderer Produkte ist, öffnen die Umstände der Erschaffung eines Produktes einen Weg für andere Produkte.

(http://de.wikipedia.org/wiki/Saysches_Theorem)

Nach dieser Aussage dürfte gar keine mangelnde Nachfrage nach Arbeitsleistungen (umgangssprachlich Angebote von Arbeit, von Arbeitsplätzen) geben. Eine Unterbeschäftigung oder eine Arbeitslosigkeit ist in der gedanklichen Konstruktion und in der „Natur“ der Marktwirtschaft nicht angelegt. Warum kommt es dann in der Realität trotzdem zur Arbeitslosigkeit, zu einem Mangel an Arbeitsgelegenheit und damit zu einem Zwang der Arbeitssuchenden, sich zu einem Preis anzubieten, der nicht die wirtschaftliche Existenz sichert?

Diese Frage führt zu den Fehlern im System der Marktwirtschaft, die mehr oder weniger von allen politischen Akteuren geleugnet und mit Ausnahmen von Wirtschaftswissenschaftlern übersehen werden. Auch die FDP, die sich als Verteidiger der Marktwirtschaft versteht, wirkt durch dieses Leugnen als ihr Zerstörer.² Mein Weggenosse aus der Anfangszeit der Partei DIE GRÜNEN, Georg Otto, schreibt in seiner Schrift „*Warum der Marxismus scheitern mußte*“, 1991, in dem Abschnitt „Die Rolle des Geldes bei Marx“:

Marx hat zu diesem frühen Zeitpunkt seiner Untersuchungen bereits seine Krisentheorie der entwickelten kapitalistischen Produktion im Auge, bei der die Sprengung des kapitalistischen

2 Siehe auch meine Texte 1.1 „Arbeitslosigkeit / Ursachen – Wirkungen – Lösungen ...“, 1977, und 1.2 „Plädoyer für die Diskussion der theoretischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik in der BRD“ 1978, die ich in meiner Zeit als FDP-Mitglied geschrieben habe.

Verwertungsprozesses von Kapital (G - W - G) bereits beim ersten G dann einsetzt, wenn es nach längerer Konjunkturphase zum Fall der Profitrate kommt, was andere Theoretiker mit sinkender Kapitalrendite (Gesell) oder Annäherung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals gegen Null (Keynes) beschreiben.

Und weiter auf Marx eingehend:

"Weil keiner zu kaufen braucht, weil er selbst verkauft hat", können die zu Geldbesitzern gewordenen Warenbesitzer in dem Maße warten, wie ihr eigenes Produkt und das erlöste Geld über ihrem Existenzminimum liegen. Solche Akte ermöglichen die Schatzbildung. Sie beschreibt Marx in einem lesenswerten Abschnitt (S. 144-148). "Der kontinuierliche Kreislauf der entgegengesetzten Metamorphosen oder der flüssige Umschlag von Verkauf und Kauf erscheint im rastlosen Umlauf des Geldes oder seiner Funktion als perpetuum mobile der Zirkulation. Es wird immobilisiert,... sobald die Metamorphosenreihe unterbrochen, der Verkauf nicht mehr durch nachfolgenden Kauf ergänzt wird,"..."Das Geld versteinert damit zum Schatz und der Warenverkäufer wird Schatzbildner."

Der 1990 tödlich verunglückte Professor der Rechte, Dieter Suhr,³ ist – weil er sich von den Ökonomen im Stich gelassen fühlte - diesen Fragen selber nachgegangen u. a. in seinem Buch zur Kritik an der Marxschen Kapitalismusanalyse: „Der Kapitalismus als monetäres Syndrom“. Mir liegt dieses Buch nicht vor, aber ein kurzes Zitat von Josef Hüwe aus seinem Besprechungsreferates von Suhrs Veröffentlichung verweist auf den gleichen Knackpunkt:

Pervers an dem „Geheimnis der Plusmacherei“ ist: Diejenigen, die durch „ihre gesellschaftliche Tat“ den Gebrauchsnutzen produzieren, müssen für den Gebrauchsnutzen des Geldes (Zinsen) zahlen an diejenigen, die die Produktion stören, indem sie ihr Geld zurückhalten, wenn kein angemessener Zinsgewinn winkt. (S. 8)

Das heißt, unter den gegebenen Umständen findet eine genügende Nachfrage nach Arbeitsleistung und damit nach einem ausreichenden Lohn für die Arbeit nur statt, wenn das Geldkapital dabei einen genügend hohen Zins (hier als Synonym für alle Formen des Kapitalertrages verwendet) erzielt. Es ist die reale Tributpflicht der Arbeit gegenüber dem Kapital.⁴ Wenn das Kapital nach einer Phase der Vollbeschäftigung die Tributpflicht der Arbeit nicht mehr durchsetzen kann, dann wird nach Keynes die Liquiditätsfalle aktiv. Die Folge ist: Die Nachfrage nach Arbeitsleistung läßt nach. Scheinbar gibt es keine Arbeit mehr. Keynes Lösungsvor-

³ Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Dieter_Suhr

⁴ Wobei nicht übersehen werden darf, daß die Unternehmertätigkeit auch Arbeit ist. Daß der Unternehmer - wie auch der Arbeitnehmer - gleichzeitig auch Kapitalist sein kann, sollte nicht übersehen werden.

schlag ist das Deficit spending ⁵ Das Deficit spending ist die Ersetzung des Ausfalls der privaten Nachfrage durch eine Nachfrage des Staates. Diese Nachfrage führt aber, wenn sie über die Notenpresse betrieben wird, zur Inflation ⁶ oder, wenn sie über die Verschuldung des Staates betrieben wird, zur Schuldenkrise, wie wir sie seit langem haben. Silvio Gesell Lösungsvorschlag, der auch das Verteilungsproblem löst und der Wirtschaft den Wachstumsdruck nimmt, wurde von den Demokraten der Weimarer Republik ignoriert. Der Preis, den die Deutschen und die Welt dafür zahlen mußten, war die Zerstörung der Republik, Hitler, der Krieg und die Verkleinerung Deutschlands.⁷ Die Haltung der Demokraten nach dem zweiten Weltkrieg ist doch nicht wesentlich besser gewesen - zugegebener Maßen hat sich hier kein böser Wille ausgewirkt sondern ein irrender. Die Entwicklung der Idee von der sozialen Marktwirtschaft mit Wohlstand für alle (Erhard) wurde schon früh gestört von jenen restaurativen Kräften, die Kapitalismus meinten, wenn sie Marktwirtschaft sagten. Die Klärung strittiger Fragen zwischen den freiwirtschaftlichen und ordoliberalen Akteure in der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft wurde durch Tod wesentlicher Akteure und Sabotage unterbrochen. In der Titelgeschichte über Erhard im Magazin DER SPIEGEL vom 9. 9. 1953 war zu lesen:

Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dankbares Feld für Ihre Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse. Auch im Kabinett. Die Probleme der Wirtschaft waren dem Bundeskanzler mysteriös genug: als Persönlichkeit zog er die Buchhalternatur des ausgezeichneten Fiskalbeamten Schäffer dem Draufgängertum

5 Diese Methode wurde nach meinem Eindruck von den Sozialdemokraten gerne übernommen, weil sie sich dadurch nicht von den in ihrer marxistischen Zeit erworbenen Vorstellungen, daß die soziale Frage nur fiskalisch zu lösen sei, nicht trennen mußten.

6 Karl Walker hat immer wieder darauf hingewiesen, daß die inaktive Nachfrage ja nicht aus der Welt ist, wird sie durch eine Neuschöpfung des Geldes ersetzt, entsteht für die Güter im Markt in dem Umfang der Ersetzung der ausgefallenen Nachfrage eine doppelte Nachfrage, sobald die brachliegende Nachfrage wieder aktiv wird.

7 Es gab ein nationales Gekränktheit der Deutschen, es gab Nationalismus und eine Judenfeindlichkeit unter den Deutschen, aber es ist einfach falsch, daß diese Eigenschaften zum Nationalsozialismus geführt haben. Mein ehemaliger jüdischer Parteifreund - der selbst KZ-Häftling war - schrieb mir im April 1984 u.a.: "Von dem Elend, das damals überall herrschte, kann sich die nachgeborene Generation nur sehr beschränkt eine Vorstellung machen. Jedermann wusste tief im Inneren: So geht es nicht weiter. Und es gab nur 2 Parteien, die jedenfalls behaupteten, sie brächte eine Wende, wenn sie an die Macht gelassen würden, die KPD und die NSDPA. Und selbstverständlich waren die grosse Massen auch der NSDAP-Leute keine Buerger, die Konzentrationslager einrichten wollten, die sich auf Mord und Krieg vorbereiteten, sondern einfach, die wieder Arbeit, anständige Löhne und Gehälter usw. sehen wollten. Das gleiche galt natuerlich auch für die KPD." ... Der Sachverhalt wird auch so beschrieben in "Inflation und Deflation zerstören die Demokratie" von Gerhard Ziemer. Selbst Altbundeskanzler Helmut Schmidt bestätigte den Sachverhalt in Kurzform in der Sendung ARD-Sendung mit Günther Jauch.

*Erhards vor. Außerdem kam Schäffer immer
pünktlich zu den Kabinettsitzungen,
Erhard nicht.*

Die CDU/CSU und auch die FDP spielen sich heute unberechtigt als Verteidiger der Sozialen Marktwirtschaft auf. Aber auch die politischen Kräfte, die sich als "links" oder "marxistisch" firmieren, haben sich in Bezug auf die Lösung kapitalistischer Probleme nicht mit Ruhm bekleckert. Ihre beliebte Methode der Ausschaltung von Anbietern von alternativer Lösungsangebote war das Schwingen mit der verbalen Totschlagkeule in der Form des Vorwurfs, das ist faschistisch.

Es gibt bei der Frage nach den Verursachern des betrüblichen Tatbestandes, daß so viele Menschen mit ihrem Lohn nur knapp oder gar nicht über die Runden kommen und auch bei der Tatsache, daß die Vermögensverteilung aus dem Ruder gelaufen ist, keine Unschuldigen, selbst die Gewerkschaften sind nicht freizusprechen. Im Gegensatz zu dem Lob, das die Gewerkschaften häufig aus dem Mund von PolitikerInnen erhalten, ist ihre Wirkung – trotz entgegengesetztem Wollen – eher kontraproduktiv, weil ihre Instrumente einfach untauglich und der Marktwirtschaft nicht angepaßt sind und den Kapitalismus fördern.

Zur Vorfrage 2:

Wie wirkt a) das Kapitaleinkommen, b) die Steuern und c) das derzeitige soziale Sicherungssystem auf die Nachfrage nach Arbeitsleistung und seiner Entlohnung?

Zu a): Das Kapitaleinkommen

Erst ist einmal festzuhalten das die Marktwirtschaft ein System des Leistungsaustausches ist. Aber nur der Mensch kann Leistung im Sinn von ökonomischer Arbeit erbringen. Nun gibt es genug Theorien, die auch beweisen wollen, daß das Kapital leistet. Diese Theorien sind aber nur eine Rechtfertigung des Kapitalertrages, der dem Arbeitsertrag abgepreßt wird. Diese Haltung kommt besonders in dem Werbespruch "Laß' dein Geld arbeiten!" zum Ausdruck. Wer einen Geldschein in die Küche legt und sagt: "Mach' den Abwasch!", der kann lange warten. Anders ist es, wenn willige Hände kommen, den Schein (der Ansprüche auf Güter im Markt repräsentiert) an sich nehmen und die Arbeit erledigen. Die alte Verteilungsfrage wirkt sich auf verschiedene Weise unmittelbar auf den Arbeitsmarkt und damit auf den Lohn für Arbeit aus. Der Kapitalertrag, der als Zinskosten in allen Preisen einkalkuliert ist, transportiert Ansprüche an den Markt von Kassen mit Bedarf in Kassen ohne Bedarf. (Suhr) Dies hat zum einen die Wirkung, daß die Nachfrage bei der Mehrheit der Kassen mit Bedarf reduziert wird und reale Bedürfnisse nicht befriedigt werden und somit angebotene Arbeitsleistungen nicht

nachgefragt werden können. Und bei der Minderheit der Wirtschaftsteilnehmer mit den Kassen ohne Bedarf füllen sich die Spekulationskassen, die uns derzeit so viel Sorgen machen.⁸ Der Nebeneffekt ist, daß die volkswirtschaftliche Sparquote in der Hauptsache aus den Zinseinnahmen gebildet wird.⁹ Die Zinsen sind aber für die Produzenten und Dienstleister Kosten. In einer überschäumenden Konjunktur werden diese Kosten leicht ignoriert, weil sie sich über den Verkaufspreis wieder hereinholen lassen. In einer unterbeschäftigten Wirtschaft haben für viele Branchen die Zinskosten aber den gleichen oder höheren Rang wie die Lohnkosten.¹⁰ In jedem Fall stehen sie den Arbeitskosten vorrangig gegenüber. Umgekehrt ist es bei den Inhabern von Geldkapital. Wenn der Zins zu niedrig ist, steht das Geld dem Kredit und der direkten Investition nicht zur Verfügung. Es findet auch so eine Drosselung der Nachfrage nach Arbeitsleistung statt, weil ein wesentlicher Teil des Geldvolumens in die Horte geht. Wenn alle Subventionen auf die beabsichtigte Wirkung hin untersucht würden, dann könnte man sicher zwei Kategorien bilden: Einmal Subventionen, die die Zinskosten bei den einen reduzieren sollen und zum anderen solche bei den anderen, die den Zinsertrag heben sollen. Damit soll ein Anreiz für die Rückführung von Geld in den Kreislauf gegeben werden. Das ist so, als wenn ein Verkehrsteilnehmer, der mit seinem Fahrzeug die Fahrbahn blockiert, nicht bestraft wird, sondern für die Aufgabe seines Fehlverhaltens gegenüber der Gemeinschaft der Verkehrsteilnehmer belohnt wird. Wenn der Staat aber eine solche Politik betreibt, kann er sie nur über Steuereinnahmen oder über eine Verschuldung finanzieren.

Zu b): Die Steuern

Wie wirken nun die Steuern? Abgesehen davon, daß die Zinskosten in den Preisen durchschnittlich mit steigender Tendenz rund 30 % des Nettoeinkommens ausmachen und bei der Saldierung von Zinseinnahmen und -ausgaben 80% der Bürger zu den Verlierern gehören,^{11 12} spielt natürlich auch die Steuerlast eine große Rolle sowohl bei der Frage, ob ein niedriges Einkommen zum Leben reicht wie auch bei der Frage, ob eine Nachfrage nach Arbeitsleistung (Angebot von Arbeitsplätzen) gestartet werden kann. Wenn auch dem Menschen mit einem Niedriglohn mittels Mehrwertsteuer fast 1/5 seines Einkommens abgenommen wird, dann ist

8 Es soll dabei nicht übersehen werden, daß Kleinanleger aus Sorge vor dem Geldverlust auch die Spekulationskassen mit gefüllt haben.

9 Das kann man auch als ein Zwangssparen bei den Armen zu Gunsten der Reichen beschreiben.

10 Die Arbeitgeberverbände und die Politik sagen das aber nicht, weil sich dann schwerer eine Lohnzurückhaltung oder gar eine Lohnkürzung durchsetzen läßt.

11 Man schaue sich mal die entsprechenden graphischen Darstellungen von Helmut Creutz unter www.helmut-creutz.de an.

12 Auch die Hartz IV-Empfänger sind ein gutes Geschäft für die Kapitalanleger.

die Bezeichnung *modernes Raubrittertum* für den heutigen Staat nicht weit hergeholt.¹³ Die Mehrwertsteuer zahlt letztlich der Endverbraucher¹⁴. Übersehen wird aber, daß das Maximum, was Unternehmen im Endverbrauchermarkt mit den realisierten Bruttopreisen für ihre Produkte aus diesem Markt herausholen können, eben die Mehrwertsteuer enthält. Ihr Ertrag würde mit jedem Prozentpunkt an Steuerminderung ihre Ertragslage verbessern. Bei 0 % Mehrwertsteuer könnten die Unternehmen auch noch im Markt bleiben und damit Nachfrage nach Arbeitsleistung halten, wenn sie nur den Nettopreis (also den Preis ohne Mehrwertsteuer) im Markt realisieren könnten. Es bliebe Luft für einen menschenwürdigen Lohn der Arbeit.

Aber noch herrscht in der Politik die Ideologie, man könnte die Wirtschaft wirklich mit den Steuern steuern und eine soziale Gerechtigkeit herstellen.¹⁵ Die Wirkung dieser Ideologie ist, die ständige Sabotage der Marktwirtschaft, ihre Bürokratisierung und die Begünstigung der Cleveren, die in der Lage sind, den Steuerdschubel für sich zu nutzen. Die Fiskalisten und Etatisten vergessen zu leicht, daß jeder Prozentpunkt an Steuern für die Bürger ein Prozentpunkt mehr an wirtschaftlicher Entmündigung bedeutet.¹⁶ Der Frage, ab welcher Höhe Steuersätze die Eigentumsgarantie aufheben, wird ausgewichen. Auch darf nicht übersehen werden, daß das komplizierte Steuerrecht¹⁷ - bei dem für den Gewerbetreibenden schon Steuern fällig werden, bevor ein Jahresertrag festgestellt werden kann - einer der Hemmschuhe ist, die die Neugründungen von Unternehmen verhindern oder Grenzbetriebe aus dem Markt werfen. Auch diese Vorgänge drücken die Löhne und schmälern besonders die zu schmalen Einkom-

13 Über Steuersünder regen sich in der Regel Politiker auf, die gerne über Geld verfügen, das sie nicht selber erarbeitet haben und jene Zeitgenossen, die sich trotz negativer Erfahrung im geschichtlichen Ablauf immer noch erhoffen, mittels Umverteilung mehr wirtschaftliche Gerechtigkeit in die Gesellschaft zu bekommen. Die Reduzierung der Kapitaleinkommen mit marktwirtschaftskonformen Mitteln auf unter ein Prozent und die Begrenzung staatlicher Abgaben auf das jahrhunderte gültige Maß des Zehnten würden wirklich blühende Landschaften entstehen lassen.

14 Soweit sie nicht in Zwischenstufen Unternehmenskassen bereichert. Siehe Karl Walker "Milliarden-Vergeudung durch Mehrwertsteuer", 1972.

15 Eine Ressourcensteuer die umweltpolitische und bodenreformerische Ansätze hat und pro Kopf zurückverteilt wird, ist anders zu beurteilen.

16 In dem Leitartikel "Steuersenkung / Kein Geschenk" der HAZ vom 8. 11. 2011 VON ALBRECHT SCHEUERMANN heißt es: "Ganz verquer wird es, wenn gesagt wird, „Steuergeschenke“ passten nicht in die Zeit. Steuern sind zwangsweise auferlegte Abgaben zur Finanzierung der Staatsausgaben. Von einem Geschenk zu sprechen, wenn der Staat seinen Zugriff auf das Geld der Bürger etwas lockert, zeugt von einem seltsamen Staatsverständnis - als habe der Staat Anspruch auf alles, was die Bürger erwirtschaften, und als sei er gnädig, wenn er nicht alles einsteckt." und später heißt es:

"Und die nun geplante Erhöhung des Grundfreibetrages sorgt dafür, dass eine verfassungsrechtliche Vorgabe eingehalten wird: Das Existenzminimum muss steuerfrei bleiben. Steigen die Preise, muss zwingend auch der Freibetrag angehoben werden." Wenn die letzte Aussage stimmen würde, müßten doch die Geringverdiener mehrwertsteuerfrei einkaufen können oder die gezahlte MWSt ersetzt bekommen. Es wäre eine große Hilfe für diesen Personenkreis.

17 Am 31. 10. 11 war in der Rubrik Wirtschaft der HAZ zu lesen: "Steuerberater feiern Jubiläum - Beruf seit 50 Jahren durch ein Bundesgesetz reguliert / Lob von Finanzverwaltung". Ich denke, ein Steuersystem, das einen ganzen Berufsstand gebiert und ernährt, ist ein Monstrum, eine politische Fehlleistung erster Güte.

men im Niedriglohnsektor.

In der Sendung von Anne Will wurde auch das Thema *Schwarzarbeit* angesprochen. Die Teilnehmerin der Gesprächsrunde, die Friseur- und Innungsmeisterin Sybille Hain klagte, sie könne keine höheren Löhne zahlen, weil sie keine höheren Preise aufgrund der Tatsache, daß jetzt schon 40% der Friseurleistungen in Schwarzarbeit erledigt würden, durchsetzen könne. Und der Generalsekretär der FDP, Christian Lindner, sagte sinngemäß nach einer Einspielung einer Umfrage vor einem Billiganbieter von Friseurleistungen, bei der herauskam, daß die Befragten sagten, sie könnten nicht mehr zahlen, als gefordert würde und würde mehr gefordert, würden sie ihre Haare selber schneiden, man könne daraus doch erkennen, ein Mindestlohn würde Umsatzeinbrüche zur Folge haben und damit zur Entlassung führen. Man kann doch den ganzen Wahnsinn gut beobachten: Die Kapitalkosten (rund 70% der Miete sind Zinsen), die Steuern und ein ordentlicher Lohn für die Mitarbeiter erfordern einen Preis für die Dienstleistungen, der sich in einem Markt mit vielen Menschen in einer finanziell prekären Lage nicht durchsetzen läßt. Wenn ein Friseur die Miete kürzt oder nicht zahlt, werden ihm die Räume gekündigt. Zahlt er seine Steuern nicht, erfolgt die Zwangsvollstreckung. Also bleibt ihm nur die Möglichkeit, den Lohn der Mitarbeiter zu drücken. Da diese von dem niedrigen Lohn nicht leben können, müssen sie ihr Einkommen durch Schwarzarbeit aufbessern. Mit dieser Schwarzarbeit reduziert sich der Umsatz der regulären Betriebe. Nicht wenige mußten aufgeben.¹⁸ Wenn nun die vielen Menschen mit einem zu niedrigen Einkommen Preise erfordern, die keinen ordentlichen Lohn der Dienstleister zulassen, dann expandiert doch die große Zahl der Menschen in einer prekären Lage. Wer mit Rücksicht auf Geringverdiener selber nur wenig verdienen kann, wir selber zum Geringverdiener.

Man kann es nicht häufig genug sagen, wo es Schwarzarbeit oder -handel in größerem Umfang gibt, sind die regulären Märkte fehlerhaft installiert oder durch Ideologien deformiert. Als sich zu Zeiten des Sowjetimperiums trotz des rigiden Zentralismus Schwarzmärkte etablierten, hat man im Westen gejubelt. Jetzt, wo es bei uns Schwarzmärkte gibt, kommt man nicht auf die Idee, daß die Politik zuviel Zentralverwaltungswirtschaft in die Marktwirtschaft implantiert hat. An den Pranger gehören nicht die Schwarzarbeiter, sondern die Regierungen und Bundestage in Folge. Wenn ich Bilder sehe, wo Uniformierte Baustellen stürmen, um nach Schwarzarbeitern zu suchen, dann assoziiere ich diese Bilder mit der Stasi der SED und mit der Geheimpolizei der Nazis.

¹⁸ Meine Eltern hatten ein Friseurgeschäft und ein Fotoatelier. Ich habe die Glanz- und Elendszeiten, die sie damit erlebt haben, stark in Erinnerung. Als mein Friseur, zu dem ich über Jahre hingegangen bin, in den Ruhestand trat, dachte er, er könne durch die Verpachtung seines Geschäftes, seine Rente aufbessern. Aber es fand sich kein Pächter.

Noch eines zur Schwarzarbeit: Hier kann der Schwarzarbeiter - soweit er Arbeitnehmer ist - zeigen, daß er ohne Anweisungen und ohne Kontrolle im Nacken der Meister seines Faches ist. In der Schwarzarbeit kann der Mensch seine Kreativität und Können entfalten. Bekämpfen kann man diesen Anlaß der Schwarzarbeit nur durch mehr Selbstbestimmung am Arbeitsplatz und mehr Beteiligungen an den Unternehmen, in denen sie Weißarbeit leisten - besonders im Handwerk und Dienstleistungsunternehmen.

Zu c): Das derzeitige soziale Sicherungssystem

Das Soziale Sicherungssystem ist für die Menschen wichtig und zwar unabhängig davon, ob er Arbeitnehmer, Unternehmer ist oder ob er eine Arbeit unentgeltlich leisten muß, wie zum Beispiel die Hausfrau / der Hausmann. Und natürlich dürfen die Menschen nicht übersehen werden, die vom Schicksal geschlagen im ökonomischen Sinn nichts oder nur wenig leisten können. Dieser Hinweis sagt aber noch nichts darüber aus, wie das soziale Sicherungssystem – das der Idee des freien Menschen in einer freien Gesellschaft entsprechen sollte – aussehen müßte. Festzuhalten ist, daß wir ein soziales Sicherungssystem haben, daß eindeutig der Zentralverwaltungswirtschaft zuzuordnen ist. Die Kosten steigen und steigen und diejenigen, die die Kosten mit ihrer Arbeitsertrag tragen müssen, sind quasi Mündel der Sozialpolitiker und der Verbandsfunktionäre, der Kassen und der Ärzteschaft. Und auch in diesem Sektor wird übersehen, daß die anfallenden Kapitalkosten für den Wartezimmerstuhl über die aufwendige Gerätschaft bis hin zum Rettungshubschrauber 10 Prozent der Bevölkerung reicher und die anderen ärmer machen.

Ganz eindeutig ist, daß die Kosten des Sicherungssystems aus dem Arbeitsertrag finanziert werden müssen. Nun wird das geltende System suggeriert, die Unternehmen würden einen Beitrag zu dem Sicherungssystem der Arbeitnehmer leisten. Das ist Unsinn: Die Löhne / Gehälter und der Unternehmeranteil an der Sozialversicherung sind nur unterschiedliche Kosten, die steuerlich verschieden behandelt werden. Jede Steigerung der Sozialabgaben für die Unternehmen hat die gleiche Wirkung wie eine Lohnerhöhung. Auch dürfen Verwaltungskosten für die Berechnung, Einbehaltung und Abführung der Sozialabgaben nicht übersehen werden. Die Unternehmen würden sicher froh sein, wenn sie mit den Sozialversicherungen und den Lohnsteuern nichts mehr zu tun hätten. Dieses würde auch der Emanzipation der Arbeitnehmer von den Sozialpolitikern dienen und das Verhältnis Arbeitgeber - Arbeitnehmer spannungsfreier machen.

In Zeiten der Vollbeschäftigung sind Unternehmen froh über jeden brauchbaren Arbeitnehmer

der bleibt, die gesetzlichen Kündungsfristen und auch Tarifverträge (übertarifliche Bezahlung) erleben ein Schattendasein und der "Sozialklimbim" wird zwar nicht freudig, aber doch gerne getragen.

In Zeiten der Unterbeschäftigung wendet sich das Blatt, längerfristige Bindungen durch einen Arbeitsertrag werden gemieden und Tarifverträge werden nicht eingehalten, weil sich genug Gründe finden lassen, daß sie nicht eingehalten werden können. Jede gesetzliche Lockerung und jede staatliche direkte und indirekte Subventionierung der Lohnkosten wird ausgenutzt. Das Ergebnis sind dann Arbeitsverhältnisse, wie wir sie heute haben. Die Menschen, die noch eine reguläre Erwerbsarbeit haben, sind verunsichert und diejenigen, die arbeitslos, sind oder in einem der prekären Arbeitsverhältnisse stecken, sind in der Bettlerrolle. Was ist zu tun:

1. Die Vollbeschäftigung herstellen und zwar so, daß sie auch dann erhalten bleibt, wenn die Rendite in den Keller geht (aber die Wirtschaftlichkeit noch besteht = Kosten können aus den Erträgen gedeckt werden). Das ist möglich, wenn die Politik die Möglichkeit auch verneint und verhindert.
2. Eine Vollbeschäftigung macht auch das heutige soziale Netz noch erträglich. Wenn die Rede von der Sozialen Marktwirtschaft und von dem freien Menschen in einer freien Gesellschaft keine Lüge bleiben soll, sind aber Alternativen zu entwickeln.
3. Die Beseitigung der Systemfehler in der Marktwirtschaft ermöglicht auch einen wesentlichen Abbau der Bürokratie. Sicher ist, daß auch der Bürokrat arbeitet. Sicher ist aber auch, daß seine Finanzierung von der produktiven Arbeit mit getragen werden muß.

Zur Vorfrage 4:

Können tarifliche Vereinbarungen den Niedriglohn wirksam bekämpfen?

Wie schon im vorigen Absatz schon angedeutet, können Tarifverträge nicht das halten, was sie versprechen. Auf Anregung der DAG-Betriebsgruppe in der Norddeutschen Landesbank bin ich im März 1970 der Frage nachgegangen: > Ist der Tarifvertrag ein geeignetes Instrument, die DAG-Gegenwartsforderungen - Sicherheit, Fortschritt und Gerechtigkeit - durchzusetzen? <¹⁹ Ich bin damals zu einer Verneinung gekommen und es hat sich keine Erkenntnis eingestellt, die es angebracht erscheinen läßt, heute anders zu urteilen.

Selbstverständlich haben Arbeitnehmer das Recht, ihre Interessen zu vertreten und zu diesem

19 Enthalten in: Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil Dokumentation 10
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.10%20OB%20Lt.%20Doku%2010.pdf>

Zweck Vereinigungen – Gewerkschaften genannt – zu bilden. Es ist aber nicht die Aufgabe des Gesetzgebers durch die gesetzliche Zuordnung von Mindestlöhnen zum Tarifrecht den Gewerkschaften Mitglieder zuzutreiben.

Zur Vorfrage 5:

Wie beurteilt Alfred Müller-Armack, einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, den Mindestlohn?

In meinem Text "Mein Abschied von den GRÜNEN" zitiere ich Müller Armack wie folgt:

Die Begriffsprägung Soziale Marktwirtschaft wird Alfred Müller-Armack zugeschrieben.

In seinem Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ habe ich den Begriff nicht gefunden oder überlesen, bringe hier aber ein Zitat aus dem 14. Kapitel *Abschließendes*:

Die Marktwirtschaft, sahen wir, ist keine bereits im Liberalismus endgültig festgelegte Form, sondern eine Organisationsprinzip, welches vielfältiger Abwandlungen zugänglich ist. Schon ihre Gestalt im neunzehnten Jahrhundert war eine bewußte Abwandlung von urwüchsigen Formen einer früheren Zeit. Sie selbst bedarf einer sehr bewußten Neufassung, um gegenwärtigen Aufgaben gewachsen zu sein. Daher ist es ein bei gutem Willen vermeidbarer Irrtum, wenn der Forderung nach einer Marktwirtschaft die Absicht unterstellt wird, überwundene Zustände des liberalen Kapitalismus bedenkenlos wieder aufleben zu lassen. ...
(S. 154)

Und zum umstrittenen Mindestlohn sagt Müller-Armack:

Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindestlohnhöhe zu nominieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohnes hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden. (S. 119)

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/75.0%20Abschied%20von%20den%20GRUENEN.pdf>

Die Antwort! Mehr als ein Annäherungsversuch an die Wirklichkeit?

Unter „Das merkelsche Gesetz und der Mindestlohn“ ist in der HAZ vom 11. November 2011 ist zu lesen:

Auch künftig bleibe die CDU sich treu, meinte der CDU-Abgeordnete Matthias Zimmer. Ein gesetzlicher Mindestlohn stehe nicht auf der Tagesordnung. So sieht es auch die FDP, die einen flächendeckenden Mindestlohn für überflüssig hält. Er schade den Menschen, die einen Arbeitsplatz suchten, sagte FDP-Fraktionsvize Heinrich Kolb.

Sind die Aussagen gut bedacht? Man stelle sich vor, es würde vom Handwerker oder einem

mittelständischen Unternehmer erwartet, daß sie ihren Betrieb doch aufrecht erhalten sollen, auch wenn sie hohe Verluste machen würden, sie hätten doch so wenigstens die Chance zu produzieren - irgendwann würden sie schon in den regulären Markt mit ausreichenden Erträgen eingegliedert. In der gleichen Ausgabe der HAZ ist in einem Beitrag von Dirk Stelzl unter den Schlagzeilen „Sorge um die Marktwirtschaft / CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung wünscht sich Rückbesinnung auf bewährte Prinzipien“. Dort ist zu lesen:

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) von CDU und CSU wünscht sich eine stärkere Rückbesinnung auf Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Die Inhalte dieses Modells seien in der politischen Realität nahezu in Vergessenheit geraten, sagte der MIT-Bundesvorsitzende Josef Schlarmann gestern beim Niedersächsischen Baugewerbetag in Langenhagen.

Statt dass für die Marktwirtschaft geworben werde, gelte oftmals das Primat der Politik. Der Markt als Steuerungsmodell sei im öffentlichen Ansehen „tief gesunken“. In vielen Wirtschaftsbereichen, kritisierte Schlarmann, habe man das Marktprinzip „ausgehobelt“ - zum Beispiel in der Landwirtschaft, im Gesundheitswesen oder im Energiesektor.

Damit die soziale Marktwirtschaft erfolgreich sein könne, müsse auch der Verschuldung von Staaten Einhalt geboten und eine solide Finanzpolitik betrieben werden, erklärte der MIT-Vorsitzende.

Das Verschuldungsproblem des Staates, von Unternehmen und Privathaushalte ist ein bedrückendes Problem, aber für die Beschäftigung nicht das einzige und ausschlaggebende. Wenn Mittelständler sich wieder oder erstmals für die Marktwirtschaft einsetzen wollen, dann müssen sie erst einmal erkennen, daß sie die nach dem zweiten Weltkrieg angestrebte marktwirtschaftliche Ordnung - und sei es nur durch Gleichgültigkeit - selber mit demontiert oder verhindert haben. Mein Eindruck vom politischen Engagement der Mittelständler ist, daß sie sich bemühen, daß a) die Kasse stimmt und b) daß nicht zu viel in das Unternehmen hinein regiert wird. Wenn die Subventionen hoch genug sind und ihnen die Konkurrenz vom Hals gehalten wird, ist man zufrieden und auch wohl bereit mit dem Teufel zu paktieren. Das Wort Marktwirtschaft bleibt ja noch für Reden auf Verbandstagen. Hier kann man dann auch ausblenden, daß es ein gesamtgesellschaftliches Modell ist und unangenehme Konsequenzen ausblenden. Zugegeben, das ist ein Pauschalurteil und es gibt vermutlich genügend Ausnahmen unter den Mittelständlern.

Also wenn man wirklich Marktwirtschaft will, dann muß der Lohn der Arbeitnehmer auch so

bemessen sein, daß sie davon leben können. Solange die Störungen der Marktwirtschaft nicht beseitigt sind, muß den Arbeitnehmern ein auskömmlicher gesetzlicher Mindestlohn zugebilligt werden. Dieser Mindestlohn hat auch für die Unternehmen im Wettbewerb einen Vorteil, weil dann die Konkurrenz nicht mehr mit Hilfe von Hungerlöhnen die eigenen Angebote der Mitbewerber, die anständige Löhne zahlen, unterbieten kann. Wenn aber die Kreislaufbeschwerden der Wirtschaft beseitigt sind, setzt das ein, was Erhard "Wohlstand für alle" nannte. Die gesetzlichen Mindestlöhne werden dann einfach dadurch unwirksam, daß sie überboten werden.

Wenn Löhne - nicht nur in Einzelfällen - so niedrig diktiert werden, daß der Mensch davon nicht leben kann, dann liegt eindeutig ein Verfassungsbruch vor. Denn hier wird die Würde des Menschen mit Füßen getreten. Eindeutig verantwortlich für diesen Zustand ist der Bundestag und die Bundesregierung. Dieser Verfassungsbruch wird auch nicht dadurch geheilt, daß es für Geringverdiener staatliche Ausgleichsgelder gibt. Da die Betroffenen und deren Kinder ja nicht blind gegenüber der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung in unserer Republik sind, ist der Gang zum Amt für die Antragsteller eine Demütigung.²⁰ Diese Lohnersatzleistungen des Staates sind auch Subventionen für die Unternehmen und da diese Art Lohnfinanzierung in Form von Lohnkostenabwälzung in Anspruch nehmen. Sie sind gleichzeitig ein Grund für Wettbewerbsverzerrungen. Wenn in einer Übergangszeit noch staatliche Lohnzuschüsse gezahlt werden müssen, dann sollten sie von den Unternehmen mit einer Begründung der Notwendigkeit aufgrund der Gewinn- und Verlustrechnung beantragt werden. Da dadurch die Kreditwürdigkeit der beantragenden Unternehmen leiden könnte, wird eine Ausuferung der Anträge nicht stattfinden.

20 a) Die "Staatsknete" kann natürlich auch in Einzelfällen von Empfängern wie andere Subventionen mißbraucht werden. Der Mißbrauch muß durch Überwachung eingeschränkt oder verhindert werden. So ganz nebenbei sind dadurch auch Subventionen ein Beitrag zum Überwachungsstaat.

b) Ein durch eigene Leistung verdientes Euro hat subjektiv einen mehrfachen Wert als ein Euro, der ohne direkte Leistung übertragen wurde. Die Höhe des Lohnes hat einen Einfluß auf das Selbstwertgefühl des Menschen.

b) Es ist durchaus gerechtfertigt, daß von Menschen, die eine staatliche Unterstützung erhalten, eine Gegenleistung erwartet werden kann. Die Voraussetzung ist aber, daß der Staat alles tut, der massenhaften Notsituation der Menschen entgegenzuwirken, was aber nicht der Fall ist.

c) Susanne Klatten ist sicher eine ehrenwerte Frau, wenn es aber in der HAZ vom 11.10. 2011 heißt, daß ihr Tagesverdienst auf 2,87 Millionen Euro lautet, dann hat das absolut nichts mit Leistung und unternehmerischer Tüchtigkeit zu tun. Es sind die Fehler im System, die die meisten Menschen nicht durchschauen aber ahnen, wenn sie feststellen, daß ihr Jahreseinkommen, bei anderen das Monats- oder Tageseinkommen ist. Sie merken, daß sie mit Ehrlichkeit und eigener Anstrengung die Schere zwischen ihrem niedrigen Einkommen und das hohe Einkommen der anderen nicht schließen können. Nüchtern betrachtet ist die dann manchmal zu beobachtende Leistungsverweigerung, das Tricksen bei der Steuer und den staatlichen Zuwendungen die logische Folge. Nicht diese kleinen Sünder sind moralisch zu verurteilen, sondern die großen Sünder in den maßgeblichen Parlamenten, die die Mißstände auf dem Arbeitsmarkt und beim Einkommen zu verantworten haben..

Da ein tariflich vereinbarter Mindestlohn nicht für alle Arbeitnehmer einer Branche gilt und auch nicht immer auf dem Klageweg durchgesetzt werden kann, kann aus der Sachlogik heraus und mit gutem Gewissen kein gesetzlicher Mindestlohn verneint werden. Die Schwierigkeiten der Unternehmen, die sie durch konjunkturelle Schwankungen mit zeitweiliger Unterbeschäftigung haben, können mit Dumpinglöhnen nicht behoben werden.²¹

In der HAZ vom 20. 10. 2011 heißt es in dem Interview "Es gibt eine Lücke bei der Gerechtigkeit", das Dieter Wonka mit Philipp Mißfelder, Chef der Jungen Union, führte, die Aussage von Mißfelder:

Leider geht es bei dem notwendigen Gerechtigkeitsausgleich bei allen Parteien etwas durcheinander. Ordnungspolitik und Gerechtigkeitspolitik passen nicht immer zusammen.

Diese Aussage ist falsch. Eine Ordnungspolitik, die nicht fähig und willens ist (Leistungs-) Gerechtigkeit zu schaffen, hat ihr Ziel verfehlt. Die Ordnungspolitik ist dafür da aufzuzeigen, wie Gerechtigkeit in Freiheit und mit Würde zu realisieren ist. Alleine schon die von der Freiwirtschaft empfohlene Umlaufsicherung des Geldes²² wäre eine wirksame Maßnahme, die Wirtschaft in den Zustand der Vollbeschäftigung zu bringen und somit sowohl die Geringverdiener wie auch die von Konjunkturschwächen und -schwankungen geplagten Unternehmen von ihrer Bedrängnis zu befreien. Und diese Umlaufsicherung würde nebenbei und unausweichbar die Funktion übernehmen, die der Transaktionssteuer zugedacht ist. Aber aus einem mir (und anderen) nicht erklärbaren Grund wird dieser Reformvorschlag von allen im Bundestag sitzenden Parteien und auch von der Ministerialbürokratie abgeblockt. Selbst Versuche, das Thema über den Petitionsausschuß in den Bundestag einzubringen, sind gescheitert. Unsere politische Klasse macht dadurch den Eindruck, als würde sie sich dafür bezahlen lassen, das Volk ins Unglück zu stürzen. TA

Nachtrag: >>>>>>>>

21 Der ökonomisch verursachte Leidensdruck eines wirtschaftlich selbstständigen Menschen kann genauso hoch sein, wie der eines Arbeitslosen oder Geringverdieners.

22 Umlaufsicherung des Geldes hört sich vielleicht technisch oder befremdlich an. Aber was der Herzschriftmacher für den Blutkreislauf des Menschen ist, ist die Umlaufsicherung für den Geldkreislauf der Wirtschaft. Wer sich die Volksweisheit erschließt, die in den Sprüchen "Der Rubel muß rollen!" und "Taler, Taler, du mußt wandern, von dem einen zu dem anderen!" steckt, der wird wissen worum es geht.

Der Beitrag sollte rechtzeitig vor den Parteitag der FDP und CDU fertig sein. Ich habe es nicht geschafft. Vermutlich kein Verlust, denn die Chancen eines solchen Textes von den Mitgliedern der Parteien wahrgenommen zu werden ist gering. Im Leitartikel der HAZ vom 14. 11. 2011 schreibt unter dem Titel "FDP / Zweite Chance" M.M. Grüter zum FDP-Vorsitzenden Philipp Rösler:

Die Delegierten übten sich in Geduld und begnügten sich mit den knappen programmatischen Anmerkungen ihres Vorsitzenden. Man staune: Steuer-senkungen gehören für Rösler nicht zum Kern liberaler Politik. Sie sind für ihn nur ein Instrument, das für die nächste Zeit beiseitegelegt werden soll. Märkte brauchen nach seinem Verständnis scharfe Regeln, „damit sie die Freiheit nicht gefährden“. **Spannend wäre es, wenn die FDP dieses neue Denken auch mal am Beispiel des Arbeitsmarkts durchdeklinieren würde.**

(Hervorhebung in Fettschrift von TA.)